



3. Dezember 2007

Presseerklärung

Mit Bestürzung registriert die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ Nachrichten, wonach die israelische Regierung nach der internationalen Nahostkonferenz in Annapolis (Maryland) von der Gemeinsamen Erklärung mit der Palästinensischen Autonomiebehörde abrücken will. Deshalb sehen wir uns veranlasst,

- die Regierung in Jerusalem dringend aufzufordern, die vereinbarten Verhandlungen bis Ende 2008 mit einem Friedensvertrag abzuschließen;
- von der US-amerikanischen Administration zu verlangen, den vereinbarten Verhandlungsprozess über die zentralen Themen „zwei Staaten in den Grenzen von 1967“, „Errichtung der Hauptstadt Palästinas im arabischen Teil Jerusalems“, „einvernehmliche Regelung des palästinensischen Flüchtlingsproblems“ sowie die Klärung von bilateralen Sicherheitsproblemen mit allem Nachdruck zu unterstützen;
- die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union zu bitten, ihren Einfluss auf die israelische Regierung mit dem Ziel geltend zu machen, dass die Ergebnisse von Annapolis gemäß den dort unterschriebenen Verabredungen zügig umgesetzt werden;
- tief zu bedauern, dass sich die US-amerikanische Administration dem israelischen Druck gebeugt hat und darauf verzichten will, für die internationale Unterstützung der Gemeinsamen Erklärung eine Resolution im UN-Sicherheitsrat verabschieden zu lassen;
- die fortgesetzten Militärinterventionen Israels in der Westbank und im Gazastreifen zu verurteilen. Sie widersprechen dem Geist des Friedens und der Gemeinsamen Erklärung von Annapolis.

Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ ist die deutsche Vereinigung der in zehn Ländern Europas tätigen „European Jews for a Just Peace“ mit Mitgliedern in Berlin, Köln, Hamburg, Hannover, Offenbach, Frankfurt am Main und München.

Judith Bernstein, Vorsitzende
Viktor-Scheffel-Str. 5, 80803 München
T. 089/34 01,95 20
F. 089/34 01 95 21
Email: Judith.Bernstein@web.de
mail@juedische-stimme.de